

21. MAI 1965  
**TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE**

P/XX/94

Bonn, den 18. Mai 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	Kuß das sein ? -----	44

Nochmals: Waffenlieferungen an die Türkei

2	Im selbstgewählten Ghetto ----- Einbahnstraße des BDI	34
---	---	----

3	Intervision - Interwideneie ----- Einbahnstraße der Fernsehnetz-Verdichtung in den Ostblockstaaten	38
---	---	----

4	Erwachsenenbildung bei uns und in Skandinavien ----- Hier trotz beachtlicher Leistungen große Sorgen, dort vorbildlicher Ausbau	44
---	--	----

5	Die biologischen Waffen - ABS der Apokalypse ----- Beratungen über eine "giftfreie Zone" Von Pierre Simonitsch, Genf	50
---	---	----

\*\*\*\*\* Zur Beachtung \*\*\*\*\*  
Der SPD-Pressedienst veröffentlicht in seiner Mittwoch-Ausgabe -  
19. Mai 1965 - einen Artikel der Vorsitzenden der Sozialistischen  
Fraktion des Europäischen Parlaments,  
MdB Käthe Strobel,  
Mitglied der SPD-Regierungsmannschaft,  
zu wichtigen Problemen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft.  
"EWG braucht Mut zur weiteren Integration"  
\*\*\*\*\*

Muß das sein ?

Nochmals: Waffenlieferungen an die Türkei

sp - Wir haben kürzlich schon mitgeteilt, daß die Bundesrepublik wieder einmal Waffen an die Türkei liefern will. Eine Delegation des Verteidigungsministeriums hat dieser Tage in Ankara über den Bedarf und die Wünsche der türkischen Regierung verhandelt. Es soll sich hierbei um Panzer, Geschütze und Munition im Werte von rund 100 Millionen DM handeln. Schon vor Jahresfrist hat die Bundesrepublik der Türkei Waffen im Werte von 50 Millionen DM geliefert. Kurz darauf flog Herr von Hassel nach Athen und schloß dort ebenfalls Waffenlieferungen im Werte von rund 50 Millionen DM ab.

Diese Waffenlieferungen - so sagte man damals und so wird es auch heute dargestellt - erfolgen im Rahmen langfristiger Vereinbarungen zwischen den NATO-Partnern, zu denen ja auch die Türkei und Griechenland gehören. Insoweit wäre das Geschäft also verständlich.

Nun besteht seit mehr als einem Jahr zwischen den NATO-Partnern Türkei und Griechenland wegen der Zypernfrage eine Spannung, die sich schon mehrfach in blutigen Kämpfen auf der Mittelmeerinsel ausgelöst und die Vereinten Nationen zum Eingreifen gezwungen hat. Aus Berichten der UNO-Beobachter geht hervor, daß beide Seiten bei diesen Kämpfen Waffen eingesetzt haben, die u.a. aus der Bundesrepublik stammen. Es wäre sicher zu viel gesagt, wollte man behaupten, daß diese Waffenlieferungen aus der Bundesrepublik allein zu einer Verschärfung des Zypernkonfliktes führen. Makarios erhält Waffen auch aus den Ostblockländern. Dessen ungeachtet sei die Frage erlaubt, ob die Bundesregierung nicht klüger wäre, wenn sie die Waffenlieferungen in die Türkei und nach Griechenland abstoppen würde. Es muß ja nicht immer so sein, daß ausgerechnet die Bundesrepublik mit Waffenlieferungen in Erscheinung tritt, wenn es in irgendeinem Punkte der Welt brenzlich wird.

Die Frage wird besonders jetzt dadurch aktuell, daß sich der sowjetische Außenminister zu einem mehrtägigen "Freundschaftsbesuch" in Ankara aufhält, um dort - wie es so schön heißt - "das freundschaftliche Verhältnis zwischen der Türkei und der Sowjetunion zu vertiefen". Am Ende dieser Bemühungen des Herrn Gromyko könnte durchaus ein lukratives sowjetisches Angebot für Waffenlieferungen an die Türkei stehen. Dann würden bundesrepublikanische und sowjetische Waffen gemeinsam dazu beitragen, die Anstrengungen der übrigen NATO-Partner und zahlreicher westlich orientierter Staaten um die baldige Beilegung des Konfliktes auf Zypern wesentlich zu erschweren. Mit Sicherheit ist nämlich anzunehmen, daß auch Griechenland erneut Waffen von der Bundesrepublik fordern wird, worauf dann ohne Zweifel die sowjetische Diplomatie ebenfalls in Athen mit entsprechenden Angeboten aufkreuzen wird. Das wird dann eine Schraube ohne Ende, und niemand weiß, wer daran dreht.

Wir meinen aber, daß es besser wäre, wenn die Bundesregierung sich aus diesem Wettlauf um die Waffenlieferungen heraushielte, um nicht wieder einmal eines Tages zwischen sämtlichen Stühlen zu sitzen.

Im selbstgewählten Ghetto ...

Einbahnstrasse des BDI

H.B.-er. Es ist eine Selbstverständlichkeit geworden, dass in unserer Zeit die großen Verbände und Organisationen zu ihren Jahrestagungen Repräsentanten aller Parteien und Gewerkschaften einladen. Die Parteien sind aber die Verbände nicht. Die Verbände sind die Gewerkschaften, die Ärztevereinigungen wie die 131er-Zusammenschlüsse, die Studentenorganisationen wie die Bauernverbände. Eine wenig rühmliche Abgrenzung im parteipolitischen Bereich hat von den großen Verbänden eigentlich nur der Bundesverband der deutschen Industrie aus der Vergangenheit übernommen und auch in diesen Tagen wieder praktiziert. Der BDI, dessen Propaganda-Institut in Köln auch im Alltag seine Hauptaufgabe darin sieht, gegen die Sozialdemokraten im allgemeinen und gegen die Gewerkschaften im besonderen anzugehen, hat in Bad Godesberg wiederum eine scharfe politische Trennungslinie gezogen: zu den Gastprofessoren gehörten neben Kanzler Erhard die Fraktionsvorsitzenden Barzel (CDU/CSU) und Kühnemann-Stumm (FDP). Diese Auswahl ist sicherlich allein schon ein Programm, wenn auch nicht gerade ein sehr zeitgemäßes.

Die deutsche Sozialdemokratie hat keinen Anlaß, die seltsamen parteipolitischen Wege des BDI zu bedauern. Es genügt, einmal festzustellen, daß dieser einflußreiche Verband sich in einem selbstgewählten Ghetto befindet, den er früher oder später verlassen müssen wird. Und es muß bei der Gelegenheit auch festgehalten werden, daß der Industrie-Verband -keineswegs alle seine Mitglieder - mehr in den Vorurteilen von gestern und vorgestern verhaftet ist, als etwa die Gewerkschaften, die seit langem das Gespräch nach allen Seiten suchen und finden.

Übrigens: Die Teilnehmer des BDI-Verbandstages hätten nur gewinnen zu können, wenn vor ihnen so anerkannte sozialdemokratische Experten, wie etwa der künftige Bundeswirtschaftsminister Professor Karl Schiller oder potentielle Bundesfinanzminister Dr. Alex Müller, die Wirtschafts- und Finanzpolitik der neuen Bundesregierung dargelegt hätten. Aber darauf legen die Herren Berg und Reusch natürlich keinen Wert, weil sie gegen eine SPD-Politik angehen möchten, die es nicht oder nicht mehr gibt. Nur: der deutsche Wähler wird sich von der BDI-Spitze nicht täuschen lassen...

Intervision - Interwidenie\*

Einbahnstrasse des Fernsehnetz-Verdichtungen

W.R. - Das Fernsehnetz der Ostblockstaaten, insbesondere zwischen der Sowjetunion und der "DDR" ist sehr eng miteinander verknüpft worden. Der weiteren Ausgestaltung der Programme wird große Aufmerksamkeit geschenkt, weil der Bildschirm, als Mittel intensiver Beeinflussung, richtig eingeschätzt wird. Die Monopolstellung des Funks erleichtert in den Blockstaaten diese Maßnahmen.

In den Studios in Moskau, wie in Berlin-Adlershof, ist man bemüht sich auch dem Geschmack des Publikums, außerhalb der politischen Sendungen, anzupassen. Künstlerische Darbietungen wechseln sich ab mit unterhaltenden, oder sportlichen Programmen. Künstler aus der Sowjetunion gastieren, wie auch umgekehrt, bei ihren deutschen Kollegen. Charmante Sprecherinnen, deutsche wie russische, lächeln vor Bild und wissen ihr Publikum anzusprechen.

Besonderer Wert wird der politischen Beeinflussung zugemessen. Interwidenie aus Moskau und Intervision aus Adlershof strahlen politische Ereignisse der Blockstaaten auf die Schirme, auch Polen und die CSSR sind neben den anderen Ländern dann angeschlossen. Gelegentlich kommen auch diese Blockstaaten zu Wort.

Am 14. April 1961 ist zum erstenmal eine Intervisions-Sendung über die Schirme der "DDR" gelaufen. Eine Direktübertragung aus Moskau brachte die Ankunft Juri Gagarins nach seinem ersten Weltraumflug. Seit dieser Zeit werden die Programme regelmäßig ausgestrahlt. Moskaus "Kosmowision", Direktübertragungen aus dem Weltraum, ist in das Programm aufgenommen worden.

Jede Station, in Moskau und Adlershof, stellen im gegenseitigen Austausch für sieben Tage, Mitarbeiter, technische Einrichtungen usw. zur Verfügung. Die Fernsehwoche, die "Freundschaftswoche", war damit 1963 als Neuerung eingeführt worden und intensiviert die Programmgestaltung. In dieser Woche wurden nicht nur einzelne Sendungen wechselseitig wiedergegeben, sondern ganze Programme kamen und kommen auf die Schirme.

Zur einwandfreien Übertragung ist eine "Trasse der Freundschaft" von 3.000 Kilometer Kabellänge, von Moskau nach Berlin gebaut worden. Warschau und Prag sind angeschlossen. Die Bildqualität ist einwandfrei.

Abgesehen von der politischen Bedeutung, die diesem Instrument der Beeinflussung zukommt, sollte die technische Leistung nicht übersehen werden.

+ + +

-----  
\*widenie = russisch: die Sicht

### Erwachsenenbildung bei uns und in Skandinavien

---

Hier trotz beachtlicher Leistungen große Sorgen,  
dort vorbildlicher Ausbau

sp - Die Erwachsenenbildung in den Volkshochschulen der Bundesrepublik hat dank der Initiative von Städten und Gemeinden nach der Krieg gute Fortschritte gemacht. In Abend- und in Internatsschulen haben Erwachsene heute praktisch überall ein großes Angebot vielfältiger Kurse zur Weiterbildung. Dennoch besteht allerorts noch ein großes Bedürfnis für den weiteren Ausbau der Volkshochschulen. Dabei haben sich in den letzten Jahren zunehmende Mängel gezeigt. Es geht einmal um die Kosten für Neubauten und Gebäudeunterhaltung sowie für die Lehrkräfte. Auf dem Lande sind die Orte oft nicht in der Lage, mit den steigenden Kosten Schritt zu halten und die Volkshochschulen so weiterzuentwickeln, wie es notwendig wäre. Es wird auch immer schwerer, Lehrkräfte zu halten, weil man oft mit der Besoldung und den anderen beamtenähnlichen Vergünstigungen nicht mithalten kann.

Nach dem Grundgesetz sind die Länder für die Volkshochschulen zuständig. In den meisten Landessatzungen ist erwähnt, die Förderung der Erwachsenenbildung und ihre Einrichtung sei Aufgabe des Landes, der Kreise und der Gemeinden. Im Grundgesetz heißt es, die Bundesrepublik sei als Sozialstaat zu sehen, was denn doch bedeutet, der Staat habe auch die Aufgabe, die allgemeine soziale Entwicklung seiner Bürger zu fördern, indem er hilft, ihre Fähigkeiten zu entwickeln. Die Praxis ist leider noch weit davon entfernt.

In Dänemark, Schweden und Norwegen gibt es demgegenüber schon seit langem Volkshochschulgesetze. Hier sind die Staatszuschüsse für die Erwachsenenbildung generös geregelt. Alle Staaten gewähren Darlehen bis zu 50 Prozent für den Kauf, Umbau oder Neubau von Volkshochschulgebäuden. Dänemark gibt für die Modernisierung ferner Kredite bis zu 75 Prozent der Kosten. Auch die Besoldung der Lehrer ist in Skandinavien durchgehend geregelt. Die dänische Regierung zahlt 70 Prozent, die schwedische 90 Prozent und die norwegische über 83 Prozent. In allen drei Staaten sind die Lehrkräfte in der Sozialversicherung und den Pensionskassen, wofür der Staat aufkommt. Ferner gibt es Zuschüsse für die Lehrmittel.

Die drei skandinavischen Staaten gewähren ferner Stipendien, Freiplätze und Studienbeihilfen für den Besuch der Heim- und Abendvolkshochschulen. Das kommt vor allem den jungen Leuten zugute. Dänemark erläßt seinen Wehrpflichtigen 50 Prozent der Kosten ohne Rücksicht auf deren finanzielle Lage oder der seiner Eltern. Für einen Zeitraum bis zu drei Jahren nach Schluß der Wehrpflicht erfolgt volle Kostenerstattung, damit die jungen Leute ihre Berufsausbildung fortsetzen und vertiefen können. Schweden hat eine Altersstaffelung bei der Vergabe von Stipendien für junge Leute eingeführt. Auf diese Weise entsteht ein verstärkter Anreiz zum Besuch der Heimschullehrgänge.

## Die biologischen Waffen - ABC der Apokalypse

### Beratungen über eine "giftfreie Zone"

von Pierre Simonitsch, Genf

Jedermann weiss, dass die Atombombe wie ein Damoklesschwert über der gesamten Menschheit hängt. Von einer der fürchterlichsten Massenvernichtungswaffen aber wird in der Öffentlichkeit kaum gesprochen: die biologischen Mittel. Diese "militärischen" Mikroben figurieren auch auf keiner Bestandsliste der Waffenarsenale - sie können nämlich nicht auf Stock behalten werden. Bei Bedarf lassen sie sich jedoch in kürzester Frist aus den spezialisierten Laboratorien hervorzubereiten. Die Billigkeit dieser "Waffe" bringt es mit sich, dass sie praktisch in jedem Land, auch dem kleinsten, entwickelt werden kann.

Der Einsatz von chemischen Mitteln, wie etwa Giftgas, ist bekanntlich kriegsführenden Parteien aufgrund der Genfer Konvention von 1925 verboten. Schon aus dem klassischen Altertum ist ein Vertrag überliefert, in dem sich die verschiedenen griechischen Staaten verpflichteten, ihre Kriegshandeln ohne Brunnenvergiften auszutragen. Die biologischen Waffen dagegen sind bisher durch keine Konvention geächtet worden, weil es sie offiziell noch gar nicht gibt.

An einer der letzten "Fugwash"-Konferenzen - bei denen in regelmäßigen Abständen Wissenschaftler aus Ost und West über die Gefahren des Atomzeitalters diskutieren und Auswege suchen - kam es zu einer Gegenüberstellung der Wirkungen verschiedener ABC (atomare, biologische, chemische)-Waffen. Nach den Berechnungen amerikanischer Fachleute benötigt man zur "Bedeckung" eines Quadratkilometers 100 bis 1000 Gramm Atomspangstoff, zehn Tonnen Nervengas und nur 0,1 Gramm biologischer Substanz, bestehend aus einer Mischung von zehn verschiedenen Mikroben. Es genügt die Bildung einer in hundert Meter Höhe daninschwebenden mikrobeverseuchten Wolke und dass die "Ziele" während einer Minute ungeschützt sind. Alle Schutzmassnahmen gegen biologische Waffen sind äusserst fragwürdig, da man das Herannahen der Gefahr nicht wahrnehmen kann. Auch lassen sich die entlassenen Bakterien nicht mittels anderer Bakterien eliminieren. Ebenfalls unmöglich ist es, den Opfern zehn verschiedene Antibiotika zu verabreichen.

Es liegt daher im Interesse aller Staaten, und selbst der Grossmächte, von diesen fragwürdigen Forschungsarbeiten die Finger zu lassen. Die in der "Fugwash"-Bewegung vereinigten Wissenschaftler haben nunmehr ziemlich detaillierte Pläne für eine "Entbiologisierung" (man verzeihe das Wort) und gleichzeitige Kontrollmassnahmen ausgearbeitet. Die Grundidee sieht die Schaffung einer geographischen Zone vor, bestehend vorerst aus den kleineren Staaten zu beiden Seiten des "Eisernen Vorhangs", die sich verpflichten, keine biologischen Waffen zu entwickeln und ihre Laboratorien allen interessierten Forschern zu öffnen. Man hofft, dass solche Vereinbarungen immer weitere Staaten zum Mitmachen anregen würden. Jedenfalls haben eine Reihe von Konferenzteilnehmern aus Ost und West bereits kundgegeben, zum richtigen Zeitpunkt bei ihren Regierungen zu intervenieren.

Es ist nicht ausgeschlossen, dass in naher Zukunft die schwedische Regierung auf Anraten ihrer Experten eine diesbezügliche Initiative ergreift. Im September wird in Stockholm ein Treffen stattfinden, an dem die Wissenschaftler versuchen wollen, die Basis für eine solche Zone zu schaffen.